Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 15

Artikel: Gespräche mit Prager Kollegen 2 : wo stehen die Arbeiter?

Autor: Brügger, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076564

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dazwischen lag die Verhaftung. Oben: Szakasits mit Kadar und dem später hingerichteten ZK-Sekretär Rajk im Jahre 1949. Unten: Szakasits mit Kallai (dem damaligen Regierungschef und jetzigen Parlamentspräsidenten) und Kadar im Jahre 1958.

Mores. Die polnischen und tschechischen Sozis haben schon ordentlich was abbekommen. Doch kommen die Franzosen auch noch an die Reihe. Und die Engländer.»

Er leckte wieder seine Biskuits und weidete sich mit Lust an seinem Opfer.

«Und nun», setzte er fort, «frage ich Sie: Wessen Schicksal möchten Sie lieber haben? Das von Rajk (Sekretär des ZK der KP Ungarns, der gehenkt wurde) oder das von Tildy (erster Präsident der Republik, der unter Hausarrest gestellt war)?»

«Lieber das von Tildy», antwortete Szakasits. Er glaubte naiverweise noch an die Möglichkeit, dass auch er nur unter Hausarrest gestellt würde.

«Marsch, führen Sie ihn ab!», brüllte darauf Rakosi.

Soweit die Geschichte. Ich kann beifügen, dass Frau Szakasits spät in der Nacht bei Rakosi anrief und sich nach ihrem Mann erkundigte. Rakosi sagte, Szakasits sei jetzt eben weggegangen. Tante Emma wartete dann zwei Stunden. Nach dieser Zeit kam die Geheimpolizei mit mehreren Lastwagen. Frau Szakasits wurde noch im Lauf der Nacht in die Nähe von Debrecen deportiert. Ihre Möbel und Habseligkeiten beschlagnahmte die Geheimpolizei.

Seit sehr als zehn Jahren trage ich diese Geschichte in mir herum. Mein Versprechen, sie sofort nach meiner Ankunft im Westen an Pietro Nenni weiterzugeben, konnte ich nicht ganz einhalten. In den späten Abendstunden des 1. Dezember 1956 kam ich mit meiner Frau in Wien an. Wir suchten erst eine Unterkunft und schliefen dann vor Müdigkeit bald ein. Den Brief an Pietro Nenni konnte ich also erst am nächsten Morgen im Wiener Hauptpostamt per Luftpost und eingeschrieben aufgeben. ■

Gespräche mit Prager Kollegen ❷

Wo stehen die Arbeiter?

Von Christian Brügger

Wenn die Sowjetunion ein Alibi zum (wie auch immer gearteten) Eingreifen in der Tschechoslowakei sucht, wird die «Rettung der Arbeiterklasse» bestimmt eine wichtige Rolle spielen. Aber unbeschadet darum, wieviel Erfindungskraft Moskau in dieses Motiv zu investieren bereit wäre, ist die konkrete Frage berechtigt, in welchem Ausmass die Arbeiter hinter dem neuen Kurs stehen.

Man muss sich zunächst darüber im klaren sein, dass gerade diese Dinge veränderlich sind. Was vor Monatsfrist gelten mochte, braucht heute nicht mehr zu gelten. Ohne hier noch spezifisch vom Industriearbeiter zu reden, war mir im Juni aufgefallen, wie gross beim «Mann auf der Strasse» (im Gegensatz etwa zu den Vertretern der Presse) die Skepsis gegenüber der neuen Führung und ihrem politischen Kurs schien. Das hatte an sich mit Sympathie oder Antipathie zu diesem oder jenem Aspekt des Liberalisierungsprozesses wenig zu tun, um so mehr aber mit einem in den gesamten letzten 20 Jahren verwurzelten Misstrauen gegen «die da oben». Die Losung «Na ja, aber erst 'mal abwarten» machte einen verbreiteten Eindruck.

Gute drei Dutzend Stichproben mit Zufallsgesprächspartnern des werktätigen Volkes sind natürlich nicht repräsentativ, aber es stimmte mich doch nachdenklich, dass ich eigentlich in keinem einzigen dieser Fälle auf regelrechte Zukunftsfreude, geschweige denn auf Enthusiasmus stiess. Gewiss, ich fand auch keinen, der Novotny nachgetrauert hätte (was man vielleicht auch nicht ohne weiteres eingestanden haben würde), aber das wirkte denn doch als etwas kärgliche Bejahung eines Kurses, der ein präzedenzloses Unternehmen in kommunistischen Ländern darstellt.

Indessen könnte schon damals die zur Schau getragene Skepsis weniger der Güte der neuen Dinge gegolten haben als vielmehr ihrer Dauer. Die Leute wappneten sich mit Misstrauen, um Enttäuschungen vorzubeugen und nur angenehm überrascht zu werden. Auch zeigte man sich da und dort begierig, auf pessimistische Prognosen optimistischen Widerspruch zu hören.

Vertrauen dank Moskauer Nachhilfe

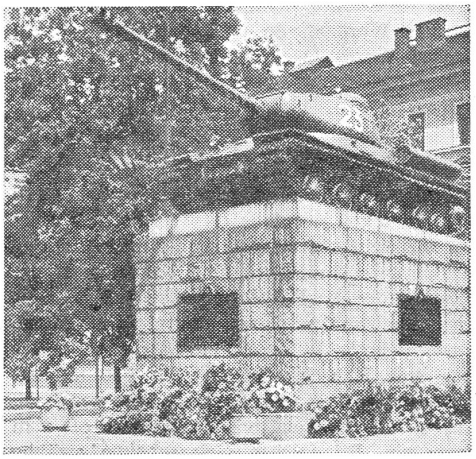
Inzwischen aber dürfte das abwartende Misstrauen gegen «die da oben» dank Moskauer Nachhilfe einem weitgehenden Vertrauen der Bevölkerung in die neue Führung Platz gemacht haben. Diese hat mit ihrem Pochen auf die Partei- und Staatssouveränität gegenüber den sowjetischen Wünschen ihren liberalen Kurs gerade in dem Moment verteidigt, in welchem sie mit plausiblen Gründen davon hätte abrücken können, wenn solches ihre Absicht gewesen wäre. Obwohl sie von manchen Dingen der neuen Entwicklung fraglos selbst überrascht worden war (etwa von der spontan aufgekommenen Pressefreiheit, siehe letzte Nummer), hat sie nunmehr gezeigt, dass sie die Entwicklung nicht einfach in Erwartung einer gelegentlichen Abwürgungsmöglichkeit hingenommen hat, sondern tatsächlich gutheisst. Das Verhalten des offiziellen Prags in der Krise mit den «Bruderländern» ist jetzt wohl auch für den «Mann auf der Strasse» das beweiskräftige Indiz, das ihm zuvor gefehlt hatte.

Die Miliz-Affäre und die Sache mit Indra

In einem viel spezifischeren Schachzug mit der «Arbeiterklasse» hatte Moskau schon zuvor eine Abfuhr erlitten. Das war die Affäre mit der tschechoslowakischen Volksmiliz gewesen, von der die sowjetische Presse Ende Juni einen Brief abdruckte, in dem um Unterstützung gegen drohende Konterrevolutionäre gebeten wurde. Worauf in der UdSSR prompt entsprechende Betriebsversammlungen organisiert und eine Kampagne gegen die CSSR-Führung inszeniert wurde. Und dann rückte in Prag der angebliche Briefverfasser, Miliz-General Horcic, mit einem Dementi heraus.

Die Sache führte in der CSSR zur Reaktion, dass die Vertretungswünsche der Milizfunktionäre für die Arbeiterschaft noch um eine Schattierung unglaubwürdiger wirkten, obwohl Dubcek den noch weitgehend konservativ geführten Milizen kurz zuvor ihren bleibenden Wert attestiert hatte.

Im weiteren wirkte sich die Angelegenheit als Belastung für den ZK-Sekretär Alois Indra aus, dem man unter anderem die Protektion über den moskauhörigen Teil der Milizen nachsagt. Was allerdings bei weitem nicht seine einzige Referenz ist. Er war schon im Frühling als Gegner der Pressefreiheit aufgetreten, aber da diese nicht institutionalisierte Institution eben schon funktionierte, brachte er nichts anderes zustande als eine geschlossene Front sämtlicher Meinungsträger gegen sich. In jüngerer Zeit tat er sich wiederum hervor, als er Vaculiks «Manifest



Sowjetpanzer als Symbol: Auf dem Sockel geduldet, auf dem Gelände unerwünscht.

ZK-Sekretär Alois Indra. Für ihn ist Meinungsfreiheit gleich Konterrevolution. Quittung der Mehrheit: Er wurde nicht zum Delegierten an den Parteikongress vom September gewählt.

der zweitausend Worte» als konterrevolutionär bezeichnete, was man im brüderlichen Ausland des Nordens liebend gerne aufgriff. Inzwischen hat man ihm die Quittung überreicht. Trotz seines hohen Parteiamtes wurde er in seinem Bezirk nicht zum Delegierten für den ausserordentlichen Parteikongress vom 9. September gewählt. Dafür dürfte er in Moskau zu den Kandidaten für ein allfälliges Statthalteramt in Böhmen aufgerückt sein, wenn es jemals soweit kommen sollte.

Reformfeindliche Arbeiter . . .

Es unterliegt keinem ernstlichen Zweifel, dass in der gegenwärtigen Konfrontation die Arbeiter zur Tschechoslowakei und nicht zur Sowjetunion stehen. Aber diese akut gewordene Alternative überlagert nur die immer noch gültige Frage, wie sich die Arbeiter mehrheitlich zu den Reformen, zur Demokratisierung, zu den neuen Freiheiten stellen. Unterstützen sie das alles?

Natürlich liegt hier die rhetorische Gegenfrage auf der Hand: Warum sollten sie nicht?

Indessen gibt es tatsächlich, und hier wird aus der rhetorischen eine echte Frage, denkbare Gründe, warum sie nicht sollten:

- Die Wirtschaftsreformen, die im zweiten Start (siehe letzte Nummer) jetzt wirklich ernst gemeint sind, bringen wegen der Ausrichtung auf Rentabilität die Möglichkeit der Schliessung unrentabler Betriebe und damit von Entlassungen.
- Das vermehrt berücksichtigte Leistungsprinzip stellt das sichere Einkommen unbeschadet von Arbeitseinsatz und Arbeitsqualität in Frage.
- Bei der Entnivellierung der Löhne werden Intellektuelle besser bezahlt werden als Arbeiter (gegenwärtig ist es häufig umgekehrt).

Das sind handfeste materielle Motive, die immerhin zu berücksichtigen sind, wenn es um den Sukkurs der Arbeiter für die progressive Politik geht. Daneben gibt es, wir sprechen immer von den *denkbaren* Gründen, noch die Motive des relativ verminderten Interesses. Für einen Arbeiter, heisst es etwa, sei die Meinungsfreiheit viel weniger wichtig als beispielsweise für einen Professor oder einen Journalisten. Oder es könne dem Arbeiter verhältnismässig egal sein, ob amerikanische Literatur im Verkauf erhältlich sei oder nicht. Oder die Rehabilitierungen hätten prozentual weniger mit Arbeitern zu tun als mit Leuten anderer Berufe. Und so weiter.

Zusammengefasst lautet also die Argumentation, dass der neue Kurs beim Arbeiter verhältnismässig mehr Befürchtungen (wirtschaftlicher Art) und verhältnismässig weniger Hoffnungen (geistig-politisch-kultureller Art) erwecke als bei anderen Leuten.

Was ist darauf zu erwidern? Eine ganze Menge, wie ich den Ausführungen sozusagen sämtlicher Kollegen entnehmen konnte, mit denen ich sprach. Eine so wohlvorbereitete und wohlvorgetragene Menge übrigens, dass man nebenbei doch auch bemerkte, dass die Fragestellung nicht überflüssig ist.

. . . gibt es gar nicht so viel

Aber vor der Begründung, warum trotz aller Einwände der Arbeiter Ursache habe, den neuen Kurs zu begrüssen, sind die Indizien wichtig, dass er es auch tatsächlich tut.

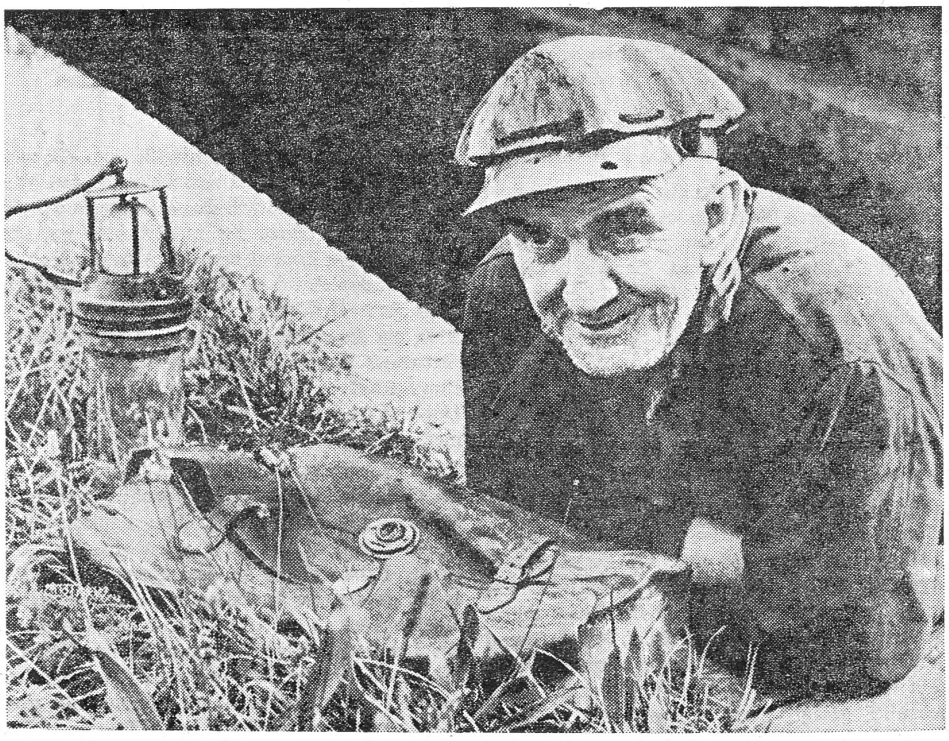
Hierzu liegen, gerade aus den letzten Tagen, Ergebnisse von Meinungsumfragen vor. Man hat in Prag auf Grund von Gallup-Methoden herausgefunden, dass 90 Prozent der Arbeiter Dubcek und seine Politik unterstützen. Ein sehr schönes Ergebnis, gewiss. Nur ist in der heutigen Konfrontationslage wiederum daran zu denken, dass es mindestens unter anderem wohl die nationale Geschlossenheit gegenüber der äusseren Bedrohung zum Ausdruck bringt. Unter den heutigen Umständen heisst ein Ja für Dubcek vor allem soviel wie ein Nein zum sowjetischen Panzer, braucht aber noch lange keine Absage beispielsweise an den «sicheren» Trott des Plandirigismus oder an die Lohnnivellierung zu bedeuten.

Indessen lagen Indizien zur Liberalisierungsfreudigkeit der Arbeiter schon vor der gegenwärtigen internationalen Krisenstimmung vor. Nach der Sturm-und-Drang-Periode des Prager Frühlings, als sich die reaktionären Kräfte zu erholen schienen, hatten Arbeiter in Mähren und anderswo Arbeiterräte zur Verteidigung der Pressefreiheit errichtet (notabene also bevor diese überhaupt erst gesetzlich gewährt war). Die Arbeiterdelegation, die vom ZK während seiner Plenarsitzung Anfang Juni empfangen wurde, war von den Belegschaften völlig neu zusammengesetzt worden, und zwar, so Josef Tichy vom ZK-Pressedepartement, im progressiven Sinn.

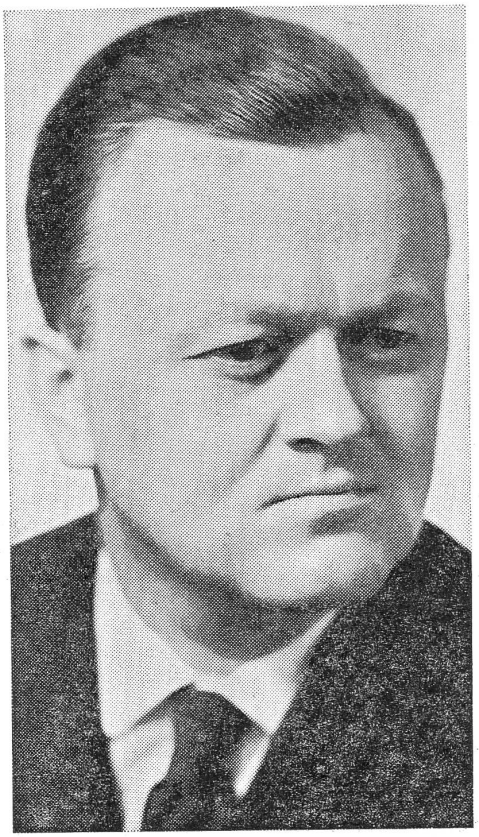
(«Progressiv» und «konservativ» ist in der CSSR die übliche Terminologie zur Unterscheidung zwischen den neuen und den alten Kräften. Etwas polemischer werden die Gestrigen auch die «Reaktionäre» genannt, eine Sprachregelung, die in der UdSSR nicht eitel Freude auslöst.)

Leserbriefe: 75 bis 90 Prozent «gut»

Hinweise geben die Leserbriefe an die Zeitungen. Sie stellen seit dem Zusammenbruch der Zensur eine eigentliche Flut dar und haben fast überall gegenüber früher um ein Mehrfaches zugenommen. Auf der Redaktion der Gewerkschaftszeitung «Prace», wo je nachdem Hunderte an einem Tag eintreffen, meinte die Redaktorin Mila Polakova, es könnten vielleicht etwa 90 Prozent davon als positiv zur neuen Entwicklung gewertet werden. Und was den Rest angehe, sofern er überhaupt identifizierbar sei, so handle es sich



Verdient soviel wie ein Universitätsprofessor und doppelt soviel wie ein Arzt: Kumpel aus Ostrau. Er wird nach dem neuen Lohnsystem relativ schlechter gestellt sein. Das wird er dann akzeptieren, wenn er dank besserer Wirtschaftserträgnisse absolut besser gestellt wird.



Ein «Vertreter der Arbeiterinteressen» im Sinne des alten Regimes: General Sejna, der mit geheimen Dokumenten nach Amerika entfloh, sobald ihm klar wurde, dass Novotny seine Unterschlagungen nicht länger mehr protegieren konnte.

keineswegs typischerweise um Zuschriften aus Arbeiterkreisen. Die Novotny-Nostalgiker seien vielmehr typischerweise die kleinen Funktionäre, die keine fachlichen Qualifikationen aufwiesen und sich nunmehr in ihren Positionen bedroht fühlten. Milizfunktionäre? Oh ja, gewiss auch. Jedenfalls hätten solche Leute dank ihrer Posten häufig Gelegenheit, sich als Sprecher der Arbeiterschaft auszugeben, was das Bild verfälsche.

Die Jugendzeitung «Mlada Fronta» (sie ist neben ihren besonderen Belangen auch eine Tageszeitung für jedermann), die unter ihren Lesern auch viele (nur vorwiegend jüngere) Arbeiter zählt, erhält pro Monat an die 4000 Leserbriefe, «davon vielleicht 10 Prozent im Stil der fünfziger Jahre». Vor allem wichtig aber sei die qualitative Veränderung in den Zuschriften. Früher hätten die Leute nur Fragen gestellt, wie man dieses und jenes tun oder erreichen könne, und man spielt dann Ratgeber im häuslichen Stil. Jetzt aber schreibe jedermann über Politik.

Auffällig ist dagegen, dass etwa in der Zeitschrift des Journalistenverbandes, «Reporter», die nicht spezifisch auf eine Arbeiterleserschaft zugeschnitten ist, der Anteil an «negativen» Leserbriefen laut Aussage von Chefredaktor Budin immerhin etwa 25 Prozent beträgt. Anwürfe und Beschimpfungen anonym. Dann Sätze wie «Ihr habt bisher gelogen, und ihr lügt weiter.» Was, nebenbei gesagt, zwar unfreundlich ist, aber jedenfalls keine Bejahung des Novotny-Regimes enthält.

So oder so lassen sich aus all dem keine Anzeichen gewinnen, dass die Arbeiterschaft sonderlich reformfeindlich wäre. Die plausiblen Gründe, die zu solchen Vermutungen geführt hatten, müssen demnach weniger stichhaltig sein als sie sich ausnehmen.

Entlassungen in den Proportionen sehen

So ist zum Beispiel die Gefahr von Entlassungen im Gefolge der Wirtschaftsreformen, darauf verweist etwa Frau Polakova, in ihren Proportionen zu sehen. An sich besteht in der CSSR kein Ueberschuss an Arbeitskräften. Falsch und daher korrekturbedürftig ist nur die Verteilung. Im Prinzip müsste also eine Neuverteilung ohne Arbeitslosigkeit möglich sein. Es stellen sich allerdings Fragen von Umschulung, Umzug und dabei auch von Lohneinbussen. Da etwa Bergleute zu den höchst bezahlten Berufsausübenden des Landes zählen, wird es für sie nicht leicht sein, einen gleichwertigen Arbeitsplatz zu finden, wenn Kohlengruben mangelnder Rentabilität geschlossen werden, was zu erwarten ist. Obwohl gerade in diesem konkreten Fall der geplante Bau der Prager Untergrundbahn (mit sowjetischem oder tschechoslowakischem Rollmaterial, das ist eine der Fragen) helfen könnte, da man dort die Arbeitskräfte zu annähernd gleichen Bedingungen anstellen würde. Jedenfalls bringen die möglichen Entlassungen allenfalls eine Existenzerschwerung, aber keine Existenzgefährdung. Und dann bieten ja Umschulung und Betriebsumstellungen auch neue Chancen, die in der Waagschale doch etwas wiegen sollten.

Dass das narrensichere, gleichmässige Einkommen durch die neue Leistungs- und Qualitätsbewertung angeschlagen wird, stimmt. Aber dafür erhält der fleissige und tüchtige Arbeiter und Angestellte auch die Möglichkeit, mehr zu verdienen als bisher. Und wo denn geschrieben stehe, wurde immer wieder gefragt, dass der Arbeiter lieber mit einem Minimallohn auf der faulen Haut liege, als mit einem guten Lohn etwas zu leisten?

Universitätsprofessor und Kumpel haben den gleichen Lohn

Nun das Thema der Lohnnivellierung, die man in der Tschechoslowakei aufreissen möchte. Wobei man häufig eigentlich damit anfangen müsste, zu nivellieren, damit der Intellektuelle auf den gleichen Lohn kommt wie der Arbeiter. Es verdienen beispielsweise: ein Industriefacharbeiter 1500 bis 2000 Kronen pro Monat, ein Bergmann 3000, ein Ingenieur (CKD-Werke) 1800, ein Assistenzarzt mit abgeschlossenen Studien 1300, eine Sekretärin 1400, ein Rechtsanwalt 1200, ein Universitätsprofessor (ohne evtl. Nebeneinnahmen) 3000 Kronen.

Zur Nivellierung meint Oldrich Bures, Direktor des Generalsekretariats der Internationalen Journalistenorganisation (IOJ): «Das schlimmste ist die Philosophie, dass jeder einen gleich grossen Magen habe.» Sicher ist, dass dieses System, das es übrigens weder in den andern osteuropäischen Staaten noch in der UdSSR gibt, der Wirtschaft des Landes nicht wohl bekommen ist. Und damit, und hier liegt die Argumentation, auch dem Arbeiter nicht. Wie leicht wird er sich mit einer relativen Schlechterstellung in Hoffnung auf eine absolute Besserstellung abfinden? Das mag vielleicht davon abhängen, wie greifbar ihn die absolute Besserstellung dünkt.

Freiheit heisst nicht nur fremdsprachliche Lektüre . . .

Nun das Argument, dass die freiheitlichen Errungenschaften dem Arbeiter weniger böten als den andern Schichten und namentlich den Intellektuellen. Es scheint tatsächlich, dass der Arbeiter seine spezifischen Interessen daran zuerst nicht in vollem Umfang erkannte. Daran mögen die Intellektuellen ein bisschen mitschuldig gewesen sein. Sie waren so massgeblich und vor allem so spektakulär an der Ablösung des alten Regimes beteiligt gewesen, dass sie ihnen doch einigermassen als «ihre» Revolution vorkam, auch wenn sie das natürlich nicht sagten, sondern die gemeinsamen Interessen betonten. Vielleicht zu allgemein und zu akademisch. Und durchaus begreiflicherweise behandelten sie in Presse usw. ihre eigenen Probleme mit Vorrang.

Man muss ihnen aber zugute halten, dass sie die Gefahr recht bald erkannten und sich dann mit einem ordentlichen Punch daran machten, die Anwendbarkeit ihrer Ideen auf Arbeiterinteressen zu beweisen. Sie besuchten Betriebsversammlungen, veranstalteten Debatten und stellten sich jedem Widerspruch und jeder Frage. So machten sie viel Terrain gut. Prof. Goldstücker etwa, der Präsident des Schriftstellerverbandes, konnte in einem überfüllten Vorstadtsaal ein ablehnendes Auditorium im Verlaufe eines hitzigen Diskussionsabends umstimmen, und andere taten es ihm ähnlich. Dabei hatten sie unter anderem auch mit dem Widerstand der mittleren und kleineren Novotny-Anhänger zu rechnen, die alles

Eine misstrauische Vorstadtversammlung durch Diskussion zum neuen Kurs bekehrt: Professor Goldstücker, Vorsitzender des Schriftstellerverbandes. Die Intellektuellen fanden den Kontakt mit den Arbeitern im Laufe des Frühlings immer besser.

Die kleinen Novotnys: «Ich bin ganz und gar für die Demokratisierung. Aber wenn alles vorbei ist, werde ich's euch zeigen.» («Rohac», Bratislava)

versuchten (und weiterhin versuchen), um die Arbeiterschaft gegen die Intellektuellen aufzubringen.

... sondern auch Streikrecht

Inzwischen hat der Arbeiter allerdings von selber gelernt, aus den Möglichkeiten von Liberalisierung und Demokratisierung den eigenen Nutzen zu erkennen. Die Meinungsfreiheit erlaubt ihm, an Betriebsversammlungen gegen Leute aufzustehen, die ihn kujonieren. Die freie Presse erlaubt ihm, seine eigenen Wünsche vernehmbar zu machen, und Radio und Television eilen auf die Strasse, um seine Meinung zu hören. Vor allem aber hat er zuvor verschüttete Arbeiterrechte wiederentdeckt. Der Streik wird als legitimes Mittel anerkannt, und der Gewerkschaftsverband will sogar einen Streikfonds schaffen, eine unerhörte Häresie in einem kommunistischen Staat. Die geplante Schaffung von Arbeiterräten (siehe KB, Nr. 13) soll dem Arbeiter echte Mitbestimmung im Betrieb ermöglichen. Daran wird er zwar erst glauben, wenn er sie hat, aber jedenfalls besteht kein Grund, dem Vorhaben gegenüber feindlich zu sein.

Hoffen kann er weiter auf eine Entwicklung der Gewerkschaft, die tatsächlich ihn und nicht die höheren Partei- und staatlichen Arbeitgeberinteressen vertritt. Unterwegs wird zwar noch einiges harzen. Dabei kommt der Widerstand gar nicht etwa von der Parteiführung, die im Aktionsprogramm die Selbständigkeit der Gesellschaftsorganisationen ausdrücklich wünscht, sondern er ergibt sich aus dem kettengewohnten Wesen der Gewerkschaft, die einer mächtigen Regenerierung bedarf, um ihrer zugedachten Rolle gerecht werden zu können. Personelle Funktionärsprobleme natürlich, dann Organisationsnotwendigkeiten (regionale und branchenmässige Aufteilung, sonst ist man bald wieder bei den Interessen des gesamten Proletariats, zu denen die Arbeiter nichts zu sagen hätten), schliesslich die Frage nach der Formulierung einer eigenen Gewerkschaftspolitik. Da gibt es noch viel zu tun, aber, und das ist wichtig, es ist alles zu gewinnen.

Mit all dem sind die Gründe, die man für eine vermeintliche Reformfeindlichkeit der Arbeiter angeführt hat, in einem Ausmass entkräftet, das zwar Spielraum offen lässt, aber *grosso modo* durchaus überzeugend wirkt.

Hauptargument Lebensstandard

Aber dazu kommt erst noch etwas, und zwar vielleicht das Hauptargument. Der Arbeiter war nämlich sehr gut selbst imstande zu erkennen, wohin der Dirigismus das Land gebracht hatte. Die Verschwendung in den Betrieben, die sah er, und die Fehlbesetzungen und die Ausschussproduktion und das Brachliegen von Mitteln und den Leerlauf. Und er verstand, dass er das alles mitzubezahlen hatte.

Und wie steht es mit der Einschätzung des Lebensstandards? Ist er nicht nach demjenigen der DDR der höchste in Osteuropa? Aber zwei Kriterien geben Anlass zu einer sehr ausgesprochenen Unzufriedenheit: Einmal die Stagnation der letzten Jahre, in denen jedes Gefühl abhanden kam, dass es so aufwärts gehen könne. Dann der Vergleich mit dem westlichen Ausland, das heisst mit vergleichbar industrialisierten Ländern. Es ist nämlich zum mindesten jedem Tschechen (in der Slowakei besteht vorerst hauptsächlich Unzufriedenheit wegen des Rückstandes auf den tschechischen Landesteil) völlig klar, dass er ein Anrecht hat, den Vergleich mit diesen Ländern zu ziehen, und nicht etwa mit Bulgarien oder Rumänien, die als zurückgebliebene Agrarstaaten von 20 Jahren von ganz anderen Strukturen ausgingen.

Die Tschechoslowakei war bei der sozialistischen Umwandlung ein Industrieland, dem man verfehlterweise die Methoden eines Entwicklungslandes, der Sowjetunion, aufzwang. So ungefähr sagen es die Kollegen, die keineswegs etwa die Entsetzung des Kapitalismus bemängeln, sondern nur deren Art und Weise.

Von Arbeitern kann man es auch summarischer hören. Grob gesagt nach dem Motto «Westen gut, Osten schlecht». Wie es überhaupt eine totale Verdrehung der Sachlage ist, wenn man in Moskau und anderswo behauptet, dass der Sozialismus von den Intellektuellen angegriffen und von der Arbeiterklasse verteidigt werde. Gerade dem Intellektuellen ist die Bewahrung des Sozialismus ein echtes Anliegen (weshalb er ihn auch regenerieren will), während das dem Arbeiter viel eher verhältnismässig egal ist. Ich fragte einen Lastwagenchauffeur, der die «Lidova Demokracie» las, das Organ der Volkspartei (die in der Nationalen Front eingeordnet ist), ob er Sympathien für die Volkspartei habe. «Wir sind hier alle von der Volkswagenpartei», sagte er, und die völlig proletarische Tischrunde stimmte ihm lachend bei.

Einige Preise

Zum Lebensstandard noch einige Preise, die mit den weiter vorn aufgeführten Löhnen zu vergleichen sind. Folgende Lebensmittel kosten per Kilo in Kronen: Brot 2.60, Kartoffeln 1.50, Rindfleisch 40.—, Schweinefleisch 25.—, Würste 30.—, Zucker 7.30, Käse 25.—, Butter 40.—, Zitronen 10.—. Ein Herrenanzug guter Qualität kostet 1000 Kronen und ein einheimisches Damenkleid 150 Kronen. Schuhe kommen auf 200 Kronen zu stehen. Einrichtungsgegenstände in Kronen: Kühlschrank 120 Liter 3400.—, Staubsauger 600.—, kleiner Fernsehapparat 2800.—, Transistorradio 1000.—. Die Miete für eine Zweizimmerwohnung beträgt für die 1. Kategorie (mit allem Komfort) monatlich 300 und für die 3. Kategorie 150 Kronen. Und das ersehnte Auto, der Skoda einfachster Ausführung, kostet 44 500 Kronen. (Die hier angeführten Beispiele bewegen sich an der unteren Preisgrenze; man kann die Sachen auch teurer haben.)

Die werktätige Bevölkerung hat also Ursache, von einem besseren System einen besseren Lebensstandard zu erhoffen. ■

Mittlerweile um die CSSR-Existenz

(Fortsetzung von Seite 1)

den amerikanischen Imperialisten angegriffen werden, sagen die Sowjets.

*

Mittlerweile hat ferner die tschechoslowakische Führung, und das macht die Krise so unheimlich akut, die Brücken hinter sich so gut wie abgebrochen. Der Brief aus Warschau hätte ihr noch einmal halbwegs die Möglichkeit gegeben, das Steuer nach sowjetischen Wünschen herumzuwerfen, wenn sie das gewollt oder gekonnt hätte. Nunmehr dürfte es soweit sein, dass Dubcek und seine Equipe um ihren Kopf spielen. Dass sie Verhandlungen in einer sowjetischen Stadt zurückgewiesen haben, ist bereits eine Konsequenz des entstandenen Fait accompli. Die Umstände sind schon nicht mehr so verschieden von denen, unter denen vor zwölf Jahren Pal Maleter zu Verhandlungen geladen worden war.

*

Mittlerweile hat ferner, und daran knüpfen sich die Hoffnungen, in der CSSR ein Zusammenschluss der Kräfte stattgefunden, den man vor der Flurbereinigung des Parteikongresses im September gar nicht für möglich gehalten hätte. Das ZK, das weitgehend aus Novotnys Zeiten stammt, hält zur Führung, und die Bevölkerung erst recht. Die Partei hat dank ihrem engagierten Bekenntnis die Kontrolle über das Land behalten, und das wenigstens ist ein erheblicher Unterschied zu Ungarn 1956.

*

Mittlerweile hat schliesslich die öffentliche Meinung der Welt aufgehorcht. Wie weit das in die Waagschale fällt, ist freilich eine andere Frage. Wenn sich Moskau durch einen Sozialismus, der in der CSSR erstmals in kommunistischen Ländern mehr ist als ein Lippenbekenntnis, bedroht fühlt, wird es sich wegen der Weltmeinung nicht am Eingreifen verhindert fühlen. Wie sollte sie auch? Die Losung «Niemals vergessen» pflegt im Westen nach einer kurzen Anpassungsfrist zur Spottetikette zu werden, zum Kainszeichen für die «kalten Krieger», die nicht verstehen, was Progressivität ist, besonders wenn sie im Zeichen der nächstliegenden Grossmacht steht.

Wir müssen hoffen, dass die Sowjetunion vor dem Selbstbehauptungswillen der CSSR Respekt hat. Zu hoffen, dass sie vor unserer Solidarität Respekt hat, darauf haben wir kein Anrecht.

Christian Brügger